

Die Demokratisierung des Gemeinderates.

Die erste Sitzung.

Westen ist der durch die Wahlen innerhalb der Parteien zusammengesetzte provisorische Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Die sozialdemokratische Partei hat in dem neuen Gemeinderat 60. Sitze inne, die christlichsoziale 84, die deutschfortschrittliche und eine bürgerlich-demokratische Partei, deren Namen noch nicht feststeht, 19 und zwei Sitze entfallen noch auf die Deutschnationalen. Die erste Sitzung verlief ohne besondere Formalitäten. Das Bild der Versammlung war aber ein anderes. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Während bisher die kleine Gruppe der Sozialdemokraten an dem rechten Flügel des Zentrums auf dem Berg saß, füllen jetzt die sozialdemokratischen Sitze die drei ersten Abschnitte an der linken Seite des Hauses bis auf wenige Sitze, die von Demokraten und Deutschnationalen eingenommen werden. Die Liberalen sitzen im Zentrum, die Christlichsozialen haben endlich den nach parlamentarischen Brauch der herrschenden Partei zukommenden Platz eingenommen, sie sitzen auf der rechten Seite des Hauses. Neu in dem Sitzungsbild — und das ist wohl das Bedeutendste an dieser ersten Sitzung gewesen — ist das Erscheinen der Frauen im Saale. Zum erstenmal haben in einem öffentlichen Vertretungsorgane, der in Wien seinen Sitz hat, vollberechtigte Frauen Sitz und Stimme. Ihnen wendet sich auch die Aufmerksamkeit zu. Als die Bürgermeister nacheinander den Saal bestritten, begrüßen sie zuerst die Frauen und lassen sich ihnen, soweit sie mit ihnen noch nicht bekannt sind, vorstellen. Die Frauen haben die Sitze in den ersten Bankreihen. Im ersten Abschnitt links sitzen in den ersten zwei Reihen die fünf Sozialdemokratinnen Anna Boschet, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Probst und Amalie Seidel, auf den gegenüberliegenden untersten Bänken der Christlichsozialen die von dieser Partei ernannten weiblichen Gemeinderäte Frau Dr. Hildegard Surjan, Aloisia Schirmer, Dr. Alma Seih, Anna Strobl, Gabriele Walter. Die liberale Partei hat Frau Anita Müller und Frau Marie Schwarz in den Gemeinderat entsendet.

Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit einigen Worten der Begrüßung, insbesondere der Frauen, die mit dem heutigen Tage in den Rathauskingsaal einzziehen. Dann verliest er die **Geldbuisformel**, in der kurz ausgesprochen wird, daß die Mitglieder des Gemeinderates **geloben**, der Republik Deutschösterreich und der freien Stadt Wien in Treue zu dienen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung ist die **Konstituierung des Gemeinderates**. Vereinbarungsgemäß wird über die Liste der Bürgermeister und Schriftführer sowie der dreißig Stadträte durch Jurof ohne Stimmzettel unter einem abgestimmt. Gemeinderat Schmid (Christlichsozialer) bringt die Liste in Vorschlag. Als Bürgermeister wird Dr. Richard Weiskirchner, als Vizebürgermeister werden die bisherigen Christlichsozialen Vizebürgermeister Doh und Rain und als sozialdemokratischer Vizebürgermeister Jakob Neumann vorgeschlagen. Die Schriftführer sind: Josef Leitner, Alois Moisl, Georg Philip, Karl Richter, Dr. Gustav Scheu, Franz Stangelberger und Wilhelm Zimmermann. In den Stadtrat wurden gewählt: Karl Ingermayer, Johann Breuer, Anton David, Friedrich Dechant, Georg Emmerling, Dr. Moritz Franz Haas, Dr. Oskar Hein, Johanna Heindl, Josef Pellmann, Franz Pöbel, Oswald Hohenstinner, Karl Juny, Dr. Viktor Kienböck, Johann Knoll, Johann Kriber, Edmund Melcher, Josef Müller, Karl Pich, Paul Richter, Ingenieur Heinrich Schmid, Hans Schneider, Hans Arnold Schyber, Franz Stegel, Ferdinand Klaret, Franz Spalowsky, Leopold Tomola, Karl Baugulin, Anton Weber, Karl Weigl, Max Winter. Nach Vornahme der Wahl gaben die einzelnen Parteien Erklärungen ab. Zuerst die sozialdemokratische Partei, in deren Namen Vizebürgermeister Neumann sprach. Er führte aus:

Erklärung der Sozialdemokraten.

In einer Zeit beispielloser Umwälzungen betreten wir sozialdemokratischen Frauen und Männer in einer Anzahl, die der früheren Stärke unserer Partei entsprechen mag, diesen Saal. So vollzieht sich eine geschichtliche Notwendigkeit. Der schwardige Krieg, den eine verbrecherliche Diplomatie heraufbeschworen hat, die nicht ihr Leben, sondern Leben und Gesundheit des besten Teiles der Bevölkerung einsetzte; der Krieg, der dynamischen und imperialistischen Zwecken diente und von den bürgerlichen Parteien aller Richtungen als eine erlösende Tat mit heller Begeisterung begrüßt wurde (Begerufe bei den Christlichsozialen), endete mit dem Zusammenbruch des alten Reiches und mit der Zerstückelung aller Privilegien, auch der Wahlprivilegien.

Die Herrschaft in diesem Saale war immer auf der Entrechnung der besitzlosen Massen aufgebaut (Widerpruch bei den Christlichsozialen), die Verwaltung der Millionenstadt war stets auf das Vorrecht kleiner Schichten bürgerlicher Kreise bezündet, sowohl in der Zeit der Liberalen als auch in der Zeit der Christlichsozialen. Die Spottgeburt der allgemeinen Kurie, dieses Scheinrecht, hat den Wahlrechtsraub nicht ertüchtlich gemacht. (Erneuter Widerspruch der Christlichsozialen.)

Vizebürgermeister Neumann: Haben Sie vielleicht auch den Frauen die Sitze in diesem Saale erlumpft? (Behäufiger Beifall der Sozialdemokraten.)

Die neuereintretenden Gemeinderäte, die noch immer eine Minderheit bilden, sind sich bewußt, daß ihrer eine schwere Aufgabe harret. Unser Voratz ist, treu unserem Programm die Ausgebeuteten, die Arbeiter und Angestellten, die proletarischen und die im Kriege proletarisierten Schichten der Bevölkerung zu vertreten, die den Reichtum und die Schönheit ihrer Vaterstadt nähren und dabei in ihren Mauern die Verarmten sind. Den Wienern, die auf uns hoffen, ist bewußt, daß unser Werk nicht über Nacht vollbracht werden kann. Was in Jahrzehnten

gefördert wurde, kann nicht in wenigen Wochen und Monaten wieder gutgemacht werden.

Die Einrichtungen der Stadt sind nicht mit einer Schlag so umzuwandeln, wie es den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Es wird daher und langwieriger Arbeit bedürfen, jene Wandlung der Dinge und des Geistes zu bewirken, welche Wien zu einer Stadt macht, die ihre Pflicht allen Bewohnern gegenüber voll erfüllt und den ihr gebührenden Rang unter den Großstädten Europas zu behaupten weh. Der Zerfall Österreichs wird nicht ohne Einfluß auf die Größe und Leistungsfähigkeit der Stadt Wien bleiben. Die Stadt ist mit einer Schuldenlast beschwert, die nur getragen werden kann, wenn die bisherige Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten, ja gesteigert und wenn auch durch eine Reform des Steuerwesens eine entsprechende Aufteilung der Lasten vorgenommen wird. Mit vollem Recht lehnen wir Sozialdemokraten jede Verantwortung für die Folgen einer Verwaltung ab, an der wir keinen Anteil hatten. Unbeschwerter wird die sozialdemokratische Vertretung in der Gemeinde mitwirken, dem drohenden wirtschaftlichen Niedergang der Stadt Wien durch geeignete Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Die Beschaffung von Arbeit zur Verhinderung der Massenabwanderung der Arbeiterschaft, die Sicherung des Bestandes der Sozialität und des Handels, wobei der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion der Weg weit zu öffnen ist, werden zu diesen Aufgaben gehören.

Die Schule muß die volle Lehrfreiheit erhalten, die es möglich macht, daß eine Jugend herangezogen wird, die ihren Aufgaben als Bürger des republikanischen Staatsgebildes gerecht wird. Keine Stunde länger dürfen die Schulen der Zümmelplatz monarchischer Unterteile bleiben. Wir sind es der Bevölkerung der jungen Republik schuldig, den wirklich freien Schulunterricht möglich zu machen, den Schulkindern die Teilnahme an dem Unterrichte gleichmäßig durch die unentgeltliche Beistellung der Lernmittel zu sichern und damit eine alte sozialdemokratische Forderung zu erfüllen. Um der Volksgesundheit zu dienen, muß der Schutzhygien alle Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter den zunächst an die Gemeinde heranzutragenden Aufgaben nehmen die der Appropensionierung, der Wohnungs- und Jugendarbeit eine breiten Raum ein. Schon während des Provisoriums müssen die Arbeiten zur Lösung dieser großen Aufgaben in Angriff genommen werden.

Der sozialen Pflichten der Gemeinde Wien gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern ist sich die Sozialdemokraten wohl bewußt. Sie werden deren berechtigten Ansprüche stets vertreten. Die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien, deren Koalitionsrecht nicht eingeschränkt werden darf, haben infolge der politischen Wengstellung in Dörfhörsereich neue Pflichten zu erfüllen. Wie liegen die Hoffnung, daß diese neuen Aufgaben so gelöst werden, wie es den Interessen der bisher vernachlässigten Bevölkerungselemente entspricht. In der Forderung für Hilfsbedürftige müssen einmündig alle Kräfte getroffen werden.

Die Hauptaufgabe der provisorischen Gemeindevertretung ist die Schaffung der Wahlreform, damit das Volk von Wien, die Männer und auch die Frauen, für deren Rechte wir in diesem Saale so oft unter dem Vohngelächter der Christlichsozialen Partei gekritten haben (Vohngelächter bei den Christlichsozialen), endlich in die Lage komme, sein Recht zu sprechen und die Stadtverwaltung nach seinem Willen zu führen.

Nun noch ein Wort an unsere Klassenangehörigen in den anderen Säubern. Der Krieg, den unsere Herabstufenden heraufbeschworen haben und gegen den wir Sozialdemokraten allein mit allen Kräften angelumpft haben, hat das arbeitende Volk in größte Not gestürzt. Das arbeitende Volk hungert, es droht die Verarmung durch die dreisten Mästen! Die Forderung der Wofads bringt keine Nachteile für die kühnen Mächtigen her, sondern nur Elend für die Bevölkerung; sie bedeutet qualvolles Hinsterben unserer Jugend. Es kann nicht der Wille der Arbeiter der Ententeländer sein, ihre Klassen, nassen in eine Lage der Verzweiflung zu bringen, in der die junge demokratische Republik, die zur sozialistischen Republik werden soll, leidet. Es werden gewiß im Interesse der proletarischen Klassenolidarität tun, was in ihrer Macht steht, um das Volk in Deutschösterreich, das sich von seinen unfählichen Herrschern befreit hat, nicht untergehen zu lassen.

Auf jeglichem Boden muß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe führen. Auch unsere Wirksamkeit in der Gemeinde, in der wir wohnen, arbeiten und leben müssen, in der unsere Kinder aufwachsen und unsere Greise ihre Tage verbringen, dient, indem sie den Sorgen des Tages gilt, zugleich auch den letzten und höchsten Zielen des Sozialismus. Des großen Zusammenhanges unserer Tätigkeit hier mit den weltumwälzenden Vorkängen brauchen uns bewußt, gehen wir an die Arbeit! (Behäufiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Namens der Christlichsozialen verlas sodann Regierungsrat Schmid eine Erklärung, die von den Christlichsozialen wiederholt mit Beifall, von den Sozialdemokraten mit stiller Achseln aufgenommen wird. Sie preisen sich darin förmlich als die Retter Wiens. Als die Erklärung rühmend hervorhebt, daß die Christlichsozialen zwanzig Jahre Wien verwaltet haben, ruft Gemeinderat Neustadt: **Veider!** Das rufte Entrüstung auf den Bänken der Christlichsozialen hervor. Für die Liberalen erklärt Dr. Dein, daß sie den Einzug der Sozialdemokraten und der Frauen begrüßen. Sedlak gibt für die Deutschnationalen eine von den Christlichsozialen befallig aufgenommene Erklärung ab, **Strein** eine für die demokratische Partei.

Damit ist die Sitzung zu Ende.